

Inhalt:

- **Kritik an Bundeswehr-Konzerten in Kirchen**
- **Pfadfinder Friedenslicht aus Bethlehem erwartet**
- **Friedensbewegung fordert zivile Lösungen von Konflikten**
- **»Friedenslogik statt Kriegsrhetorik« - NRW-Friedensgruppen rufen zur Demo in Bochum auf**
- **Waldschutz in Zeiten des Krieges - Entwicklungsminister Müller sagt Kolumbien Unterstützung zu**
- **Mitglieder von kongolesischer Rebellenmiliz verurteilt**
- **Somalische Hoffnung - Die Menschenrechtlerin Fartuun Adan wird für ihre Beharrlichkeit ausgezeichnet**
- **Kenia Strafprozess gegen Kenyatta in Den Haag geplatzt**

Kritik an Bundeswehr-Konzerten in Kirchen



Sigurd Rink epd-bild/Kohlhepp/Medienhaus Frankfurt

München (epd). Der evangelische Militärbischof Sigurd Rink ist Kritik an Kirchenkonzerten der Bundeswehr in der Vorweihnachtszeit entgegengetreten. Dass zum Repertoire der Bundeswehr-Musiker neben Marschmusik oder Trauerstücken auch Advents- und Weihnachtslieder gehören, freue ihn, sagte Rink am 3. Dezember dem Evangelischen Pressedienst (epd). Er reagierte damit auf Kritik des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, der Auftritte von Militärkorps bei Adventskonzerten in Kirchen für bedenklich hält. Bundesweit sind nach Angaben des Vereins rund 50 Konzerte mit Beteiligung von Bundeswehrmusikern in Kirchen geplant. Diese seien »angesichts der momentanen, gewaltvollen und kriegerischen Konflikte in der Welt bedenklich«, schreibt der stellvertretende Vereinsvorsitzende Detlef Bald in einem offenen Brief an die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Darin wird die EKD aufgefordert, sich grundsätzlich gegen »Militärkonzerte« in Kirchen auszusprechen. »Militarismus in der Kirche ist das falsche Signal der Kirche in dieser konfliktreichen Zeit und begünstigt eine weitere Militarisierung unserer Gesellschaft«, kritisiert Bald. Militärmusik in Kirchen diene zudem der »Sympathiewerbung für das Militär«. Hingegen argumentierte der evangelische Militärbischof, es gehöre zur deutschen Erfolgsgeschichte des »Staatsbürgers in Uniform«, dass Soldaten sich auf so zivile Weise ins gesellschaftliche und kirchliche Leben einbringen. In seiner Amtszeit als Propst in Wiesbaden habe er die Konzerte mit der Bundeswehr in der Marktkirche immer als einen der Höhepunkte der Adventszeit erlebt, ergänzte Rink. »Ich freue mich, dass in unseren Kirchen Soldaten willkommen sind. Und ich freue mich über die Bereitschaft vieler Musiker - auch im Militär - in der Adventszeit als Kooperationspartner gemeinsam mit Kirchengemeinden Konzerte zu gestalten«, sagte der Militärbischof. Der 1983 gegründete Verein erinnert mit seinem Namen an den evangelischen Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) und will nach eigenen Angaben die Wahrnehmung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft fördern. Dabei setzt sich der Bonhoeffer-Verein für eine Reform der evangelischen Militärseelsorge und alternative Konzepte zur Kirchensteuer ein. Auch lehnt er Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.

Pfadfinder Friedenslicht aus Bethlehem erwartet

Berlin/Dortmund (epd). Am dritten Advent erwarten die deutschen Pfadfinder wieder das Friedenslicht aus Bethlehem. Die Aktion steht in diesem Jahr unter dem Motto »Friede sei mit dir - Shalom - Salam« und setze damit den Schwerpunkt auf den interreligiösen Dialog, wie die Pfadfinderverbände in Berlin ankündigten. Das in der Geburtsgrötte Christi entzündete Licht wird zunächst nach Wien gebracht und dort von Pfadfinderdelegationen aus verschiedenen europäischen Ländern abgeholt. Am 14. Dezember erreicht es mit dem Zug auch rund 30 deutsche Städte. In zentralen Aussendungsgottesdiensten in den Bistümern wird das Licht dann weitergereicht an Gruppen und Gemeinden. Bis zum Heiligen Abend wird das Licht dann in Gottesdiensten in den Gemeinden weitergegeben. Von dort tragen es die Pfadfinder auch in Familien, Krankenhäuser und Schulen, in Verbände, öffentliche Einrichtungen, in Altenheime und zu Obdachlosen, in benachbarte Moscheen und Synagogen. Die Aktion entstand 1986.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2014 Seite _15

Friedensbewegung fordert zivile Lösungen von Konflikten

Dortmund (epd). Friedensaktivisten rufen für den Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember zu Demonstrationen gegen Krieg und Rüstung auf. »Die schlimmste Verletzung der Menschenrechte stellt nach wie vor jede Art von Kriegsvorbereitung und Kriegsführung dar«, erklärte die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner NRW am Donnerstag in Dortmund. Der Verband rief seine Ortsgruppen und befreundete Vereine zu Protestaktionen auf. Demonstrationen sind den Angaben zufolge bislang in Bochum, Dortmund und Köln geplant. Die Friedensgesellschaft verurteilt Militäreinsätze zum Schutz von Menschenrechten. Wer behaupte, Menschenrechte ließen sich durch den Einsatz von Waffen und militärische Drohpolitik schützen, ignoriere, dass das wichtigste Menschenrecht das Recht auf Leben sei, erklärten die Friedensaktivisten. Stattdessen sei ein Programm rein ziviler Methoden zur Konfliktlösung nötig. Es gebe bereits zahlreiche Konzepte, für deren Anwendung aber Finanzmittel fehlten. Weiter sprach sich die Friedensgesellschaft für eine Umgestaltung der Rüstungsindustrie und einen Stopp aller Waffenexporte aus. Stattdessen müssten die Grenzen für Flüchtlinge geöffnet werden. Insbesondere müsse Kriegsdienstverweigerern aus anderen Ländern bedingungslos Asyl gewährt werden. Die Aktivisten fordern zudem ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Scharfe Kritik äußerte die Organisation an der Werbung der Bundeswehr bei Jugendlichen und an Schulen. »Weil Kinder und Jugendliche sich selbst nicht ausreichend dagegen wehren können, stellt dies eine besonders widerliche Form von Menschenrechtsmissachtung dar«, erklärte die Friedensgesellschaft. Stattdessen müssten Friedensbildung und gewaltfreie Streitschlichtung fester Bestandteil im Unterricht an allen Schulen in NRW werden.

»Friedenslogik statt Kriegsrhetorik«

NRW-Friedensgruppen rufen zur Demo in Bochum auf

Bochum/Düsseldorf (epd). Die Friedensbewegung in Nordrhein-Westfalen ruft für Samstag, 13. Dezember, zu einer landesweiten Demonstration in Bochum auf. Die Veranstaltung unter der Überschrift »Gemeinsam für den Frieden - Friedenslogik statt Kriegsrhetorik« soll auf die wachsende Zahl von Konflikten weltweit aufmerksam machen, wie das NRW Aktionsbüro am Mittwoch in Düsseldorf ankündigte. Mit der Auseinandersetzung um die Ostukraine sei der Krieg erstmals auch wieder nach Europa zurückgekehrt, heißt es in dem Aufruf von mehr als 50 Organisationen und Einzelpersonen. Darin warnen die Friedensinitiativen vor einer »gefährlichen Konfrontationspolitik«, wenn sich EU und Nato bis an die Grenzen Russlands ausbreiteten. Der Protest wendet sich zudem gegen die Lagerung von US-Atombomben in Büchel in der Eifel und das Luft- und Raumfahrtführungszentrum von Nato und Bundeswehr in Kalkar. Kritisiert werden auch Bundeswehrrübungen in nachgebauten Kampfdörfern auf dem Truppenübungsplatz Senne in Ostwestfalen. »Wir brauchen die 1,35 Billionen Euro, die jedes Jahr für Rüstung ausgegeben werden, für die Überwindung von Hunger und Armut, für Ökologie und Bildung«, erklärte Kristine Karch vom Aktionsbüro. Parallel zu der Veranstaltung in Bochum finden im Rahmen des

Waldschutz in Zeiten des Krieges

Entwicklungsminister Müller sagt Kolumbien Unterstützung zu

Bogotá (epd). Verkohlte Baumgerippe, umherliegende Stämme, wie Wunden ins dunkle Grün geschlagene Löcher - jährlich werden derzeit in Kolumbien etwa 150.000 Hektar Wald abgeholzt, fast zwei Mal die Fläche Berlins. Bedroht ist ein einzigartiges Ökosystem: Über die Hälfte der Fläche Kolumbiens ist mit Wald bedeckt. Die zweitgrößte Artenvielfalt der Welt und eine für das globale Klima entscheidende Fähigkeit, Treibhausgas zu binden, zeichnen ihn aus. Zentrales Problem beim Schutz des Waldes: Die Großteil seiner Fläche liegt im kolumbianischen Bürgerkriegsgebiet. Ein Schwerpunkt der Rodungen liegt in der südlichen Region der Provinzen Meta und Guaviare im Amazonasgebiet, die Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) auf seiner Reise nach Kolumbien besucht hat. Kolumbien könne mit seiner einzigartigen Artenvielfalt, seinen natürlichen Ressourcen und seinen Menschen das reichste Land des Kontinents werden, betont Müller immer wieder. »Aber die Voraussetzung dafür ist Frieden.« Bei seinem am 7. Dezember beendeten Besuch hat Müller mehr als 300 Millionen Euro, vor allem als Darlehen, für Umweltschutz und Friedensbemühungen in Kolumbien für die kommenden zwei Jahre zugesagt. Der bewaffnete Konflikt, der seit 50 Jahren anhält, mindestens 220.000 Todesopfer und an die sechs Millionen Vertriebene verursacht hat, ist für die Natur Segen und Fluch zugleich. Der Krieg wird in hohem Maße durch den Anbau von Kokapflanzen und den illegalen Abbau von Rohstoffen wie Gold finanziert. Dafür muss der Wald weichen. Auch die Bauern, die vor der Gewalt fliehen, lassen sich woanders nieder und roden sich Grundstücke frei. Gleichzeitig fürchten viele Experten, dass der Wald in noch größerem Stil gerodet werden wird, um die reichhaltigen Rohstoffvorkommen abzubauen, sobald der Krieg endet. Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos hat es sich zum Ziel seiner Regierung gesetzt, Frieden zu schaffen, und verhandelt seit zwei Jahren mit der Farc-Guerilla. Gleichzeitig will er die Abholzung des Amazonasgebietes, einem wichtigen Rückzugsgebiet der Rebellen, bis 2020 stoppen. »Doch das kann nur gelingen, wenn der Staat wieder in der Region präsent ist«, betont der Leiter der Friedensmission der Organisation Amerikanischer Staaten, Rodrigo Menéndez. **Landfrage gilt als entscheidend** Die Farc, die im Amazonas lebenden Urvölker und auch die Gemeinden seien für den Waldschutz zu gewinnen, glaubt auch der Naturschutzexperte und ehemalige Leiter der Nationalparkbehörde, Rodrigo Botero. Doch es brauche eine Strategie, um die unterschiedlichen Interessen zu vereinbaren. »Die Menschen müssen in den Prozess einbezogen, Landwirtschaft und Rohstoffabbau nach Naturschutzkriterien betrieben werden.« Doch entscheidend sei die Landfrage. Denn Ursache für den Kampf der Farc war die extreme Konzentration des Landes bei nur wenigen Großgrundbesitzern, was sich kaum geändert hat. Zudem wurden seit Kriegsbeginn laut Amnesty International mehr als zehn Prozent der Fläche Kolumbiens widerrechtlich entwendet. Die von Santos vorangetriebene Rückgabe steht erst am Anfang. Bei einem Treffen von Bürgermeister der Region mit Minister Müller fordert der Vertreter der Gemeinde Miraflores in Guaviare, Julio César Gonzalez, denn auch Landtitel für die Bauern. »Die Menschen werden verantwortungsvoller mit dem Land umgehen, wenn es ihnen gehört.« Auch ein Programm für den Ausstieg aus dem Koka-Anbau möchten die Politiker. Denn nicht nur die Farc finanzieren sich mit Drogenhandel, auch die zahlreichen paramilitärischen Banden, die Teil des Konflikts sind, machen damit Geschäfte. Gerade in Anbetracht der Komplexität des Konfliktes sieht OAS-Missionsleiter Menéndez die langsamen aber stetigen Fortschritte positiv. »Kolumbien ist auf einem guten Weg, auch wenn er noch sehr lang ist.« Die Anstrengung der Regierung sei bemerkenswert.

Minister Müller zeigt sich beeindruckt Ähnlich argumentiert Umweltexperte Botero. »Es ist das erste Mal, dass in Kolumbien so offen über die Landfrage, den Naturschutz und den Konflikt gesprochen werden kann.« Gleichzeitig bangt er um das Amazonasgebiet nach einem Ende der Gewalt. Womöglich werde alles zerstört. Schon jetzt habe die Regierung Konzessionen für den Abbau von Rohstoffen auf großen Flächen vergeben, die teilweise geschützt oder von Urvölkern bewohnt sind. »Die internationalen Konzerne stehen schon in den Startlöchern.« Minister Müller ist derweil von den Bürgermeistern der Amazonasregion tief beeindruckt. Er will sie sofort und konkret unterstützen und weist seine Mitarbeiter an, ein Projekt zu entwerfen. Er will helfen bei der Suche nach geeigneten Alternativen für den Koka-Anbau und schlägt den Lokalpolitikern vor, sich um Geld verschiedener Klima-Initiativen zu bewerben. Eine davon soll am Montag auf der Klimakonferenz in Lima, der letzten Station von Müllers erster Reise nach Lateinamerika, vorgestellt werden. Das sogenannte REDD-Vorhaben belohnt den Erhalt und die Aufforstung von Wäldern finanziell. *Von Natalia Matter (epd)*
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2014 Seite _49f

Mitglieder von kongolesischer Rebellenmiliz verurteilt

Düsseldorf (epd). Zwei deutsche Mitglieder und ein Unterstützer einer Rebellenmiliz im Ostkongo sind am Freitag in Düsseldorf zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Die Männer sollen in der ausländischen terroristischen Vereinigung »Forces Démocratiques de Libération du Rwanda« (FDLR) aktiv gewesen sein, wie das Oberlandesgericht Düsseldorf mitteilte. Die beiden Mitglieder Bernhard T. und Félicien B. wurden zu vier beziehungsweise drei Jahren Haft, der dritte Angeklagte Jean-Bosco U. wegen Unterstützung zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. (Az.: OLG Düsseldorf, III - 6a StS 1 /13) Die Richter sahen es nach Geständnissen der Angeklagten und der Vernehmung von 35 Zeugen als erwiesen an, dass Bernhard T. und Félicien B. trotz ihres Aufenthalts in Deutschland Mitglieder der FDLR waren, die im Ostkongo aktiv ist. Den Angaben zufolge haben die beiden 51- und 45-jährigen Männer in den Jahren 2011 und 2012 von Deutschland aus Propagandamaterial für die Miliz im Internet veröffentlicht. Dabei seien sie von dem 68-jährigen Jean-Bosco U. unterstützt worden, heißt es in der Urteilsbegründung. Die Richter betonten, bei der FDLR handle es sich um eine gut organisierte, äußerst schlagkräftige und gefährliche Gruppe. Sie setze bewusst Propaganda ein, um ihre schweren Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu verharmlosen. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, die Verurteilten können Revision zum Bundesgerichtshof einlegen. Die FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas) entstand aus Mitgliedern der früheren ruandischen Armee und ins Nachbarland Kongo geflohenen Hutu-Milizen, die für den Völkermord in Ruanda 1994 verantwortlich waren. Die Rebellenmiliz, die zu den brutalsten im Ostkongo zählt, terrorisiert die Bevölkerung in der Kivu-Region. Als offizielles Ziel nennt sie die Entmachtung der ruandischen Regierung.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2014 Seite 50

Somalische Hoffnung

Die Menschenrechtlerin Fartuun Adan wird für ihre Beharrlichkeit ausgezeichnet



Fartuun Adan epd-bild / Bettina Rühl

Mogadischu (epd). An der hohen Mauer hängt kein Name und kein Hinweisschild. Die Somalierin Fartuun Adan vermeidet unnötige Aufmerksamkeit, denn die kann tödlich sein. Die 45-Jährige leitet ein Menschenrechtszentrum in der Hauptstadt Mogadischu und eine Organisation für vergewaltigte Frauen namens »Sister Somalia«. Durch beides zieht sie den Hass der Islamisten auf sich, die weite Teile des Landes beherrschen und auch in Mogadischu immer wieder schwere Attentate verüben. Für ihr langjähriges und beharrliches Engagement erhielt die Aktivistin am 4. Dezember den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Fartuun Adan versucht, die oft jugendlichen Mitglieder der Al-Shabaab-Miliz für ein friedliches Leben zu gewinnen, und sie kämpft für die Rechte der Frauen. In Somalia braucht es oft deutlich weniger, um getötet zu werden. »Natürlich ist das, was wir machen, sehr gefährlich«, stellt die Mutter dreier erwachsener Töchter mit derselben Selbstverständlichkeit fest, mit der andere über das Wetter sprechen. »Ja, ich habe Angst«, sagt sie ruhig. »Aber ich bin niemand, der aufgibt.« Andernfalls hätte die mütterlich wirkende Frau längst aufgehört. Vor allem das Reden über Vergewaltigung ist in Somalia ein Tabu - obwohl sexuelle Gewalt nach mehr als 20 Jahren Anarchie und Bürgerkrieg weit verbreitet ist. Die meisten Überlebenden sind so verängstigt, dass sie aus eigenem Antrieb keine Hilfe suchen. Die Frauen von »Sister Somalia« gehen durch die Straßen der Hauptstadt und suchen nach Hilfsbedürftigen. Die leben vor allem in den Vertriebenenlagern, die es noch immer überall in Mogadischu gibt. Zwar hat das Land mit Präsident Hassan Sheikh Mohamud seit September 2012 wieder eine legitime Regierung, aber die Kämpfe halten in etlichen Landesteilen an. In der Hauptstadt hat sich die Lage etwas stabilisiert, Gewalt ist dennoch allgegenwärtig. Deshalb hausen Zehntausende Familien weiter in selbst gebauten Zelten aus Stoffresten, Säcken und Planen, die keinen Schutz vor gewalttätigen Männern bieten. Im Gespräch mit einer Frau und ihrer Enkelin hört Fartuun Adan aufmerksam zu. Sie strahlt Wärme und Mitgefühl aus und nimmt die weinende Großmutter in die Arme. »Sie verzeiht sich nicht, dass sie ihre

Enkelin nicht schützen konnte«, übersetzt Fartuun Adan deren Verzweiflung in Worte. Die beiden waren schon öfter hier, suchen immer wieder Trost. »Sister Somalia« hat dafür gesorgt, dass das Mädchen nach einer Vergewaltigung medizinisch behandelt und psychologisch betreut wurde. Ihre Mutter ist gestorben, ihr Vater verschollen. Die drei Frauen sitzen auf einfachen Plastikstühlen im Hinterhof des Hauses, das Fartuun Adan als Anlaufstelle nutzt. Es ist leer bis auf ein paar Schreibtische, Stühle und Computer. Die Großmutter trocknet sich die Tränen mit den Enden ihres Kopftuchs. Wenigstens die ständige Sorge um die nächste Mahlzeit ist sie los, seit sie mit etwas Geld, das »Sister Somalia« gab, einen kleinen Laden aufbauen konnte. Die beiden Frauen leben von dem, was er abwirft. Fartuun Adan führt weiter, was sie mit ihrem Mann Elman Ali Ahmed in den 90er Jahren begonnen hat. Während Somalia seit 1991 in Anarchie und Krieg versank, predigten Elman und sie Frieden. Er war deutlich älter als seine Frau, die damals an der Universität von Mogadischu Linguistik studierte. Elman hatte bereits ein Elektrounternehmen gegründet, in dem er auch Lehrlinge ausbildete. Gezielt warb er Kinder und Jugendliche an, die damals für einen der vielen somalischen Warlords kämpften. Indem er ihnen die Chance bot, auf friedliche Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen, löste er sie von den Milizen. Vermutlich deshalb ließen die Kriegsfürsten Elman 1996 töten, aufgeklärt wurde der Mord nie. Nach seinem Tod übernahm Fartuun Adan die Leitung der gemeinsamen Projekte. Die Hilfsorganisation heißt seitdem »Elman Center for Peace and Human Rights«. Derzeit bildet sie rund 1.500 Jugendliche in verschiedenen Berufen aus, viele davon sind ehemalige Kindersoldaten oder jugendliche Kämpfer der Al-Shabaab-Miliz. Im Juli 2011 gründete Fartuun Adan »Sister Somalia«. Denn je länger der Krieg anhielt, desto stärker nahm die sexuelle Gewalt gegen Frauen zu. »Die Arbeit ist schwierig«, räumt die Somalierin ein. Sie grübele viel und kämpfe mit der Angst, sobald sie zu Hause und allein sei. »Aber so lange wir wenigstens einigen Frauen und Jugendlichen helfen können, kann ich einfach nicht aufhören.« Von *Bettina Rühl (epd)*

Kenia Strafprozess gegen Kenyatta in Den Haag geplatzt

Den Haag (epd). Der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta muss sich nicht vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten. Die Anklage sei aus Mangel an Beweisen fallengelassen worden, berichtete der britische Sender BBC am 5. Dezember. Die Beweislage habe sich aus Sicht der Anklage nicht soweit erhärtet, um ohne Zweifel Kenyattas Verantwortung für Verbrechen zu belegen. Das Platzen des Prozesses gilt als schwerer Rückschlag für den Strafgerichtshof, der von 122 Staaten getragen wird. Der kenianische Präsident wäre der erste amtierende Staatschef gewesen, der sich vor dem Weltstrafgericht verantworten muss. Kenyatta sollte wegen der Unruhen nach den Wahlen Ende 2007 angeklagt werden. Im Streit um das Wahlergebnis waren damals mehr als 1.000 Menschen getötet und Hunderttausende vertrieben worden. Kenyatta soll zu Gewalt angestiftet haben. Der Vorwurf lautete: Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er hatte eine Verantwortung stets bestritten und ließ sich 2013 zum Präsidenten wählen. Die Ankläger in Den Haag hatten sich mehrfach über den Rückzug von Zeugen und die Weigerung von Behörden beschwert, Dokumente herauszugeben. In einem ähnlichen, aber getrennten Verfahren ist Kenias Vizepräsident William Ruto in Den Haag angeklagt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 50_2014 Seite _51f